



## Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

### „Gecancelte“ Lesung: „Cancel Culture“ endlich bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Vorkommnisse um die Absage einer Lesung eines promovierten Literaturwissenschaftlers vom 10. April 2025 im Sudetendeutschen Musikinstitut Regensburg (SMI) zu prüfen und dem Landtag in schriftlicher sowie im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst in mündlicher Form zu berichten.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, folgendes aufzuklären:

- Welche Stelle veranlasste die Absage der Veranstaltung?
- Auf wessen konkrete Weisung hin wurde die Absage veranlasst?
- Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Weisung?
- Was war die konkrete Begründung für die Absage?
- Aus welchem Grund wurde kein Ausweichtermin angeboten?
- In welcher Form und von welcher Stelle wurde dem betroffenen Literaturwissenschaftler die Absage mitgeteilt?
- Sind der Staatsregierung weitere, ähnlich gelagerte Fälle bekannt?

### Begründung:

Ein promovierter Literaturwissenschaftler, Erzähler und Essayist war am 10. April 2025 vom SMI zu einer Lesung seines erfolgreichen Romans „Eschenhaus“ eingeladen worden. Der Name des promovierten Literaturwissenschaftlers dürfte der Staatsregierung über den Bezirk Oberpfalz bekannt sein bzw. kann auf Nachfrage auch jederzeit von den Initiatoren mitgeteilt werden. Nach eigenen Angaben erhielt er am 20. März 2025 einen Anruf des SMI, in welchem man ihm mitteilte, dass die Veranstaltung abgesagt werde. Als Grund wurde ihm eröffnet, dass man ihn „im Internet recherchiert“ habe. Die Orte seiner Publikationen seien an übergeordneter Stelle „auf Missfallen gestoßen“, woraufhin man das SMI angewiesen habe, die Veranstaltung abzusagen. Als übergeordnete Stelle ist wohl der Bezirk Oberpfalz gemeint, welchem das SMI als abhängige Einrichtung unterstellt ist.

Dort äußerte die Pressestelle des Bezirkes auf eine Presseanfrage hin jedoch ganz andere Gründe für die Absage. Schuld seien organisatorische Gründe gewesen. Der Bezirk Oberpfalz gibt an, dass es keinerlei Weisungen an das SMI gab und die Entscheidung zur Absage der Lesung einzig durch das SMI getroffen wurde.

Somit steht das Wort des Betroffenen gegen jenes der Pressevertreter des Bezirkes Oberpfalz. Weitere Presseanfragen an das SMI, welches den Sachverhalt wohl aufklären könnte, blieben offenbar unbeantwortet. Und das, obwohl das SMI als staatliche

Einrichtung nach dem Bayerischen Pressegesetz (BayPrG) zur Erteilung der Auskünfte verpflichtet ist (Art. 4 Abs. 1 BayPrG).

Inoffizielle Auskünfte aus den Reihen des SMI gibt es hingegen. Laut Presseberichten sind einige beim SMI mit der Entscheidung sehr unzufrieden, dass die Veranstaltung abgesagt wurde. Es liege einzig und allein daran, dass der Bezirk Oberpfalz den Literaturwissenschaftler ablehne, aufgrund seiner Ansichten, die wohl als zu „rechts“ empfunden würden.

Da bis heute kein Ausweichtermin angeboten wurde, dürften die Gründe also keineswegs organisatorischer Natur sein. Vielmehr scheint es, als wäre dieser Fall ein weiteres Beispiel von „Cancel Culture“ im Freistaat. Die kürzliche Häufung derartiger Vorkommnisse lässt ernsthafte Zweifel aufkommen, ob es sich hierbei noch um Einzelfälle handelt. Vielmehr hat es den Anschein, als würde seit geraumer Zeit versucht, gezielt bestimmte Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen.

Vorkommnisse wie diese etablieren ein Klima der Angst für andere Autoren, Wissenschaftler und Menschen allgemein. Dadurch entstehen große Hemmnisse, die eigene Meinung zu äußern. Es lässt sich mittlerweile an zahlreichen Fällen belegen, was die Folgen sein können: Hetzkampagnen, soziale Isolation, Bedrohungen und Androhung von Gewalt bis hin zu Morddrohungen.

Ob der Bezirk Oberpfalz hier in vorauseilendem Gehorsam, aus Angst vor eben jenen genannten Kampagnen oder aus ideologischer Überzeugung gehandelt hat, ist aktuell nicht einschätzbar. Im Ergebnis jedoch ist es das Gleiche: jeder einzelne Fall von „Cancel Culture“ untergräbt den Pluralismus in unserem Land und somit die demokratische Grundordnung. Es zielt bewusst darauf ab „falsche“ Meinungen zu verfolgen, zu zensieren und für die Zukunft zu verbieten.

Ein derartiges Vorgehen hat totalitären Charakter. Ein weiteres Gewähren von „Cancel Culture“ wird folglich in einem totalitären System enden. Dies muss verhindert werden. Daher ist es unabdingbar, dass die Vorgänge in jedem einzelnen Fall aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.